

# 78 sind 22 % zu wenig

Die Regierungskoalitionen von SPD und Grünen bzw. Union und SPD haben zu verantworten, dass Frauen wieder stärker ausgebeutet werden. Das Recht auf eine eigenständige Existenzsicherung unabhängig von Partner, Partnerin oder Sozialstaat ist für Frauen erneut in weite Ferne gerückt:

- **Lohndiskriminierung:** Frauen in der Bundesrepublik erhalten durchschnittlich 22 Prozent weniger Lohn als Männer. Das reiche Deutschland ist damit fast Schlusslicht in Europa.
- **Altersarmut:** Die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wirkt sich auf ihre soziale Sicherung im Alter aus: Niedrigrenten und Altersarmut bestimmen die Situation vieler Frauen in Ost und West.
- **Niedriglohnsektor:** Zwei Drittel der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnbereich sind weiblich.
- **Teilzeitarbeit:** Der Anstieg der Frauenerwerbsquote auf 62,2 Prozent resultiert zu einem großen Teil aus der Aufspaltung ihrer Arbeitsplätze.
- **Mini-Jobs:** Im Juni 2001 waren bereits 2,9 Millionen Frauen als Haupttätigkeit geringfügig beschäftigt. Ihre Zahl ist bis Juni 2007 auf 3,3 Millionen angewachsen.

*»Die Frauenarbeit war von vornherein billiger als die männliche Arbeit. Der Lohn des Mannes war ursprünglich darauf berechnet, den Unterhalt einer gesamten Familie zu decken; der Lohn der Frau stellte von Anfang an nur die Kosten für den Unterhalt einer einzigen Person dar.« Clara Zetkin*

Ernsthafte Bemühungen von Union und SPD, die soziale Situation von Frauen tatsächlich zu verbessern, lassen auf sich warten. Die Politik der Großen Koalition zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben zeugt vor allem von einem Mangel an politischem Willen. Es gibt viele Schritte hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit. Sie müssen endlich gegangen werden. Darum fordert die DIE LINKE im Bundestag:

- den Grundsatz **»Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit«** umsetzen;
- einen flächendeckenden **gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,44 Euro pro Stunde** einführen;
- staatliche Subventionierung von geringfügiger Beschäftigung beenden und Mini-Jobs in **sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse** transferieren und **Zumutbarkeitskriterien zur Aufnahme der Erwerbsarbeit durch Arbeitslose** wieder einführen;
- **familienfreundliche Arbeitswelt** fördern und **Gleichstellung von Frauen und Männern** in der Privatwirtschaft durch gesetzliche Regelungen durchsetzen;
- **Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte verkürzen** und die Arbeit zwischen Männern und Frauen gleichmäßiger verteilen;
- eine **eigenständige Alterssicherung für Frauen** durch existenzsichernde Löhne und den Ausbau sozialer Ausgleichselemente in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Mehr zum Thema unter [www.linksfraktion.de/gleichstellung](http://www.linksfraktion.de/gleichstellung)



**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G